

**Freie Wähler OWG-UWG**

Vorsitzender  
Stefan Wiechert  
☎ + 49 02171 41357  
Kölner Str. 85  
51379 Leverkusen  
stefan.wiechert@owg-uwg-leverkusen.de

**Wohlfühlstadt Leverkusen – zukunftsfähig und lebenswert !**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
Sie finden hier das Wahlprogramm der „Freie Wähler OWG-UWG“ (Kurzfassung) für die Kommunalwahl am 30. August 2009.

Der grundsätzliche Inhalt der Programms spiegelt sich in diesem Slogan wieder:

***Der Bürger will eine Stadt Leverkusen, in der er sich wohl fühlt,  
die Zukunft hat und in der es wert ist zu leben.***

Dies setzen wir um in Aktionspunkte und Einzelziele und haben für einige Zielvorstellungen auch bereits Strategien entwickelt. Da aber eins unserer wichtigsten Ziele die „Bürgerbeteiligung“ ist, werden wir bei Entscheidungen und Aktionen die Bürgerinnen und Bürger fragen und mitentscheiden lassen.

Die Alternative zu jahrelanger „Politikverdrossenheit“ lautet:

**„Mitwirkung und Mitentscheidung“**

Wir werden fragen, wir werden zuhören und wir werden – gemeinsam mit allen Beteiligten – gute und zielführende Lösungen finden.

Dieses Wahlprogramm wird getragen von den Mitgliedern unseres Vereins, die für den Bürger in den Kommunalwahlkampf 2009 ziehen. Sie sind gewillt, mit gesundem Menschenverstand und Geschick die weiteren politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschäfte in Leverkusen zu lenken.

Mit freundlichen Grüßen



(Stefan Wiechert, Vereinsvorsitzender)

## **„Freie Wähler OWG-UWG“ - die kommunalpolitische Alternative**

### Kommunalwahlprogramm der „Freie Wähler OWG-UWG“ >> Kurzfassung <<

#### **Zum Geleit**

Das Leben in unserer Stadt ist für die große Mehrheit der Bevölkerung ein entscheidender persönlicher und sozialer Bezugspunkt.

Wir, die „Freie Wähler OWG-UWG“ sind anders als andere politische Gruppierungen, weil wir uns ausschließlich den Interessen der Leverkusener Bürgerinnen und Bürger verpflichtet fühlen.

Ohne Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Leverkusener Stadtrat wird sich nichts ändern. Denn die etablierten Parteien, vorneweg CDU/FDP und SPD/Bündnis90, werden auch über den Wahltag hinaus zusammenarbeiten, sobald das Wahlergebnis dies zulässt. Dies hieße weiterhin Politik über die Köpfe der Menschen hinweg, ohne die brennenden Probleme anzupacken.

Darum bitten wir um Ihr Vertrauen, denn wir „Freie Wähler OWG-UWG“ sind die einzige ernst zu nehmende kommunalpolitische Alternative in Leverkusen.

### **Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt**

In allen 29 Wahlbezirken Leverkusens haben wir kompetente Frauen und Männer als Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 30. August 2009 aufgestellt; dasselbe gilt für die Wahlen zu den drei Bezirksvertretungen.

Mit Alfred Mertgen haben wir einen Menschen mit großer fachlicher und sozialer Kompetenz als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters gewinnen können.

Unser Kommunalwahlprogramm beschreibt, wie wir uns als „Freie Wähler OWG-UWG“ die Zukunft für Leverkusen vorstellen.

Die bisherigen Schwerpunkte der Leverkusener Kommunalpolitik müssen hinsichtlich einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des kommunalen Geschehens entwickelt werden; notwendig ist ein so genannter Masterplan 2020 für unsere Stadt. Arbeit, Bildung und Soziale Gerechtigkeit sind der Dreiklang, der unsere Orientierung zusammenfasst.

Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, Anregungen geben oder sogar mitmachen möchten, dann sind Sie uns herzlich willkommen. Wenden Sie sich bitte an unser Vereinsbüro.

Ihre „Freie Wähler OWG-UWG“ (4. Mai 2009)

## >> Vorbemerkung << Für ein zukunftsfähiges und lebenswertes Leverkusen

Mitten in der Finanz- und Wirtschaftskrise findet am 30. August 2009 die Kommunalwahl in NRW statt. Mit jeweils einem Stimmzettel können Sie die Mitglieder des Rates und der Bezirksvertretung wählen, mit einem anderen Stimmzettel den Oberbürgermeister unserer Stadt.

Der sich immer deutlicher zeigende Wirtschaftseinbruch hat Leverkusen längst erreicht.

Unsere Ziele für Leverkusen:

- ✓ bestmögliche Bildung und Ausbildung,
- ✓ eine Wirtschaftsförderung, die ihren Namen verdient,
- ✓ eine nachhaltige Finanzpolitik,
- ✓ soziale Gerechtigkeit,
- ✓ eine Politik, die sich an den Interessen der Familien orientiert,
- ✓ eine lebenswerte und gesunde Umwelt,
- ✓ eine transparente Stadtplanung und Stadtentwicklung,
- ✓ die Sachkenntnis, Kreativität und das Engagement der Leverkusener Bürgerinnen und Bürger nutzen,
- ✓ den Erhalt städtischer Grünflächen und die Schaffung einer sauberen Stadt,
- ✓ Sicherheit in unserer Stadt gewährleisten,
- ✓ die Festschreibung der innerstädtischen Natur- und Landschaftsschutzgebiete in der jetzt bestehenden Form.

### 1. Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Leverkusen hat große Finanzprobleme. Unsere Stadt lebt seit Jahren mit einem Nothaushalt. Der Regierungspräsident kontrolliert streng jede Ausgabe. Seit den "goldenen" 60er und 70er Jahren, als Leverkusen noch zu den reichsten Städten Deutschlands gehörte, ist viel passiert. Tausende Arbeitsplätze gingen verloren: im Bayerwerk, bei Wuppermann, im DB Ausbesserungswerk – um nur die größten zu nennen. Gewerbesteuerereinnahmen stürzten ins Bodenlose (bei Bayer über mehrere Jahre auf Null), die Ausgaben im Sozialhaushalt explodierten. Heute liegt die Arbeitslosenquote bei ca. 10 %.

Was die Stadt tatsächlich tun muss, um mittel- und langfristig wieder gesund zu werden:

- ✓ Wir müssen einen Strukturwandel schaffen.
- ✓ Wir müssen nach der Bayer-Monostruktur zu mehr Vielfalt kommen, zu einem umfangreichen Branchenmix, der uns nachhaltig Arbeitsplätze und Gewerbesteuerereinnahmen sichert.
- ✓ Wir müssen neue Unternehmen in Leverkusen ansiedeln.

Mit schnellen, verlässlichen Entscheidungen, kurzen Verwaltungswegen für Investoren, Bereitstellung erschlossener Industrie- und Gewerbeflächen und günstigen Konditionen, kann Leverkusen im harten Wettbewerb um Investoren die Nase wieder vorn.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ fordert seit langem eine geänderte Finanz- und Wirtschaftspolitik im Rat der Stadt ein – als bislang ungehörter Mahner in der kommunalpolitischen Wüste.

Unsere Ziele:

- ✓ eine strikte Kontrolle über die Finanzen der Stadt und ihrer Tochterunternehmen nicht nur durch die gewählten Vertreter der Ratsversammlung, sondern vielmehr von qualifizierten und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern.
- ✓ eine verantwortungsvolle Verwaltung der Finanzen; spekulative Geschäfte zu Lasten des Kommunalhaushaltes lehnen wir entschieden ab.
- ✓ ein ausschließlicher Einsatz der knappen Finanzmittel zum Wohle des Bürgers.
- ✓ Entscheidungen zu Steuerfragen dahingehend prüfen, welche Auswirkungen diese für Arbeitnehmer, den Mittelstand, die Klein- oder die Großbetriebe haben.
- ✓ eine Reform der kommunalen Finanzen zu unterstützen, die zu mehr Unabhängigkeit von der Gewerbe- und Grundsteuer führt.
- ✓ mit aller Kraft dazu beitragen, dass die geplante Reform der kommunalen Finanzen schnellstens durchgeführt wird. Nach unserer Überzeugung führt das zu einer Stärkung der Wirtschaft und damit zu mehr Arbeitsplätzen in unserer Stadt. Sie gewährleistet einen größeren Gestaltungsspielraum in den Bereichen Grund- und Gewerbesteuer, was insbesondere den Leverkusener Betrieben, Hausbesitzern und Mietern zu Gute kommen wird.
- ✓ die Verteilung von städtischen Geldern muss für die Bevölkerung transparent und nachvollziehbar gestaltet werden, sie muss einsehbar und kontrollierbar sein,
- ✓ Aufstellung des Haushaltes der Stadt Leverkusen als Bürgerhaushalt.

## **2. Für eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik**

Das Selbstwertgefühl vieler Menschen gründet sich auf ihre Arbeit. Wenn ihnen diese auf Dauer vorenthalten wird, dann verlieren sie einen Teil ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten, sich sozial zu orientieren. Arbeitslosigkeit zerstört aber nicht nur das Selbstwertgefühl der Betroffenen. Als Massenphänomen stellt sie die solidarische Gesellschaft in Frage. Sie grenzt Menschen aus und nimmt ihnen Rechte. Das wollen wir nicht.

Durch intensiven Dialog mit den Unternehmen muss der - bislang unzureichende - Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung verbessert werden.

Kommunale Wirtschaftsförderung ist auch im Zusammenhang mit den Problemen des Arbeitsmarktes eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Die wachsende Konkurrenz der Standorte, der schärfer werdende Wettbewerb um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen birgt auch für Leverkusen Chancen und Risiken. Unsere Stadt muss diesen Wettbewerb als Herausforderung annehmen. Es gilt, die Vorteile des hiesigen Standortes auszubauen und offensiv zu vermarkten. Denn Vorteile hat Leverkusen in erheblichem Umfang zu bieten:

- ✓ die zentrale Lage als Arbeitsort, dokumentiert durch rund 58.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte,
- ✓ die hohe Qualifikation der hier lebenden und arbeitenden Menschen,
- ✓ die funktionierenden Netzwerke der am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Experten,
- ✓ die hervorragenden Verkehrsanbindung und
- ✓ die qualitativ hochwertigen Kultur-, Sport- und Freizeitangebote.

Angesichts des Verlustes von rund 12.000 Arbeitsplätzen in den letzten zehn Jahren muss gleichrangig die Verbreiterung des Branchenspektrums gefördert werden. Im Vordergrund steht dabei der Dienstleistungssektor, der in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Neue Unternehmen u.a. aus den Bereichen Multimedia, Softwareentwicklung und -beratung, Logistik und unternehmensbezogene Dienstleistungen müssen national und international angeworben werden.

Gleichgewichtig zur Gewinnung neuer Unternehmen muss die Entwicklung der ortsansässigen Unternehmen und Betriebe gefördert werden. Betriebliche Erweiterungen und Verlagerungen ziehen die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Arbeitsplatzhalternde Investitionen auch in anderen Branchen, z.B. dem Baugewerbe nach sich. Gerade Klein- und mittelständische Unternehmen müssen bei derartigen Vorhaben durch die Bereitstellung geeigneter Grundstücke, Vermittlung gewerblich nutzbarer Immobilien, Koordination von Genehmigungsverfahren und ggf. auch mit weiteren Hilfen nachhaltig unterstützt werden.

Im Wettbewerb um Unternehmen, Arbeitsplätze und Investitionen konkurrieren heute zunehmend Regionen. Leverkusen gehört der Regio Rheinland an. Diese Region verfügt mit international agierenden Unternehmen, Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Flughäfen, Museen und Kultureinrichtungen sowie touristischen Highlights über erhebliche Potentiale und vor allem im europäischen Maßstab über äußerst attraktive Standortvorteile.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die

- ✓ in erster Linie den Erhalt vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Ziel hat,
- ✓ den Chemiestandort Leverkusen stärkt, aber den erforderlichen Strukturwandel nicht vernachlässigt,

- ✓ mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Kleinbetriebe und den Mittelstand stärkt und fördert, denn diese sind das Rückgrat der Stadt; sie beschäftigen die überwiegende Zahl von Arbeitnehmern und stellen langfristig die sichersten Arbeitsplätze,
- ✓ eine kleinteilige, der Bevölkerungsdichte angepasste, Geschäftsstruktur fördert,
- ✓ bürokratische Behinderungen der Kleinbetriebe und des Mittelstandes abbaut, um eine bessere Entwicklung zu fördern
- ✓ eine jährliche Effizienzkontrolle für die Wirtschaftsförderung Leverkusen (WFL): welche Maßnahmen wurden mit welchen Ergebnissen eingeleitet?
- ✓ Chefsache des Oberbürgermeisters wird und sich den Problemen der von der aktuellen Wirtschaftskrise betroffenen Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer frühzeitig annimmt.
- ✓ die Unterstützung und Intensivierung von Forschung und Innovationen in Zukunftsmärkten wie z.B. der Gesundheitsforschung. Wir brauchen eine intensive Kooperation mit den Städten und der Hochschullandschaft der Rheinschiene unter Einbeziehung von Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes.
- ✓ die Konsolidierung und den Ausbau von Handel, Handwerk und Dienstleistungen betreibt. Die Veränderung der Altersstrukturen unserer Bevölkerung bietet Chancen, die endlich genutzt werden müssen.
- ✓ die offensive Weiterentwicklung unserer Stadt als innovativer überörtlicher Bildungsstandort zum Ziel hat. Hier muss der Transfer von den Hochschulen zu den örtlichen Schulen intensiviert werden. Bildung, Ausbildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen müssen stärker miteinander verzahnt werden.

### **3. Für eine moderne Bildungs- und Schulpolitik**

#### ***1. Was müsste an den Schulen verändert werden?***

- ✓ Verkleinerung der Klassenstärken (Schüler/Lehrer-Relation).
- ✓ Qualitätsverbesserung in der Offenen Ganztagsgrundschule.
- ✓ Rücknahme des Beschlusses, die Einzugsgebiete für Grundschulen aufzuheben.
- ✓ Optimierung des Vertretungsunterrichts (qualitative Verbesserung)
- ✓ Die Personalplanung muss verbessert werden.
- ✓ Weiterer Ausbau der Offenen Ganztagschule
- ✓ Veränderung der baulichen und technischen Ausstattung der Schulen (heutiger Zustand oft: veraltete Heizungen, Einfachverglasung, undichte Fenster, heruntergekommene sanitäre Einrichtungen, klägliche Außenfassaden, technische Ausstattungen, die dringend auf den neuesten Stand gebracht werden müssten).
- ✓ Finanzielle Anreize, damit sich wieder auf ausgeschriebene Stellen Grundschulleiter/innen bewerben.

## **II. Was wurde in Leverkusen schon verändert?**

Es gibt einen Masterplan für die Neugestaltung der naturwissenschaftlichen Räume. 21 von 28 Leverkusener Grundschulen sind bereits Offene Ganztagsgrundschulen. An vielen Schulen wurde eine sehr kostenintensive PCB-Sanierung vorgenommen. Stadtbibliotheken wurden in Schulen integriert.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung werden einige ausgewählte Schulen saniert.

Die Fernuniversität Hagen hat ein Studienzentrum in Leverkusen. Im Jahre 2010 wird die Fachhochschule Köln einen Campus in Opladen errichten

## **III. Was sind unsere bildungs- und schulpolitischen Forderungen?**

1. Die bestmögliche Bildung und Ausbildung ist Grundlage für die Zukunftsbewältigung. Damit Leverkusen und die Region ihre Potenziale nachhaltig entfalten können, darf Bildung nicht nur als ein Bereich neben vielen anderen gesehen werden, sondern als ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Netzwerkes.

2. Kernanliegen der Bildungspolitik der „Freie Wähler OWG-UWG“ ist, dass Kinder und Jugendliche ungeachtet ihrer sozialen Herkunft gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen haben.

3. Wir müssen die Qualität von Bildung und Erziehung sichern und verbessern, indem wir ein anderes, weitergehendes Verständnis von kommunaler Verantwortung für eine zukunftsfähige Schule, Bildung und Erziehung entwickeln und umsetzen.

Neben einer stärkeren Eigenverantwortung der Schulen bzw. der Schülerinnen und Schüler müssen wir

- ✓ die Eltern stärker einbeziehen,
- ✓ vergleichbare Lehr- und Lernverhältnisse schaffen,
- ✓ die Sprachförderung und die Förderung der Lesekompetenz verstärken,
- ✓ ein kommunales Förderprogramm für Schulabbrecher verabschieden und
- ✓ die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stärken.

4. Wir möchten, dass Schule noch stärker mit den Sport- und sonstigen Vereinen, mit der kommunalen Sozial- und Jugendarbeit vernetzt wird. Der soziale Interaktionsraum Schule bietet auch die Chance eines Treffpunktes der Generationen. Wir werden uns für eine Öffnung der Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen untereinander einsetzen und diese fördern.

5. Die „Freie Wähler OWG-UWG“ bekennt sich ausdrücklich zur staatlichen Verantwortung für das Bildungswesen. Soziale Benachteiligung ist längst, auch von internationalen Bildungsorganisationen, als Bildungshindernis herausgestellt worden und damit als großes Hindernis für die Zukunftsbewältigung.

6. Eine gute Schulpolitik soll für jeden Bürger das bestmögliche schulische Angebot sicherstellen, damit jeder seine Bildungschancen wahrnehmen kann. In Leverkusen

besteht hierfür bereits jetzt ein umfangreiches Angebot unterschiedlicher Schulformen. Dabei haben sich die Gesamtschulen besonders bewährt.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass in Leverkusen die 3. Gesamtschule errichtet wird. Die Gesamtschulen sind laufbahnoffen und legen unsere Kinder nicht zu früh auf einen bestimmten Schulabschluss fest (z.B. Chance für Spätentwickler).

7. Die „Freie Wähler OWG-UWG“ fordert ein Weißbuch der Gebäudebewirtschaftung an Schulen, damit Prioritäten gesetzt werden können (z.B. Energieertüchtigungsmaßnahmen, Beseitigung des Reparaturstaus, technische Einrichtungen auf dem neuesten Stand).

8. In Zukunft ist es wichtig, dass Eltern, Lehrer und Schüler sich verstärkt in die Schulpolitik der Stadt einbringen können. Dazu soll der Schulausschuss jährlich eine Sondersitzung in Form eines Hearings veranstalten.

9. Wir fordern eine Qualitätsverbesserung in der Offenen Ganztagschule

10. Wir fordern mehr Landesmittel. Das Land hat zwar den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule beschlossen, den weitaus größeren Teil der Kosten muss allerdings die Kommune tragen.

11. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Bildungspolitik muss der kommunale Beitrag zur Bildungs- und Weiterbildungspolitik im allgemein bildenden, aber auch insbesondere im berufsbildenden Bereich deutlich verstärkt werden. Außer dem Bildungsangebot der Schulen spielen jedoch Bildungs- und Weiterbildungsangebote der Kommune, aber auch der freien und privaten Träger eine immer wichtigere Rolle. Daher bedarf es einer örtlichen Kooperation und Vernetzung dieser Einrichtungen im Interesse einer optimalen Nutzung durch die Bürger, einer Qualitätssicherung und der Sicherstellung einer allgemeinen Zugänglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die Umgestaltung der Schullandschaft kritisch und konstruktiv begleiten und zum bestmöglichen Nutzen der Kinder und Schüler umsetzen. Wir begrüßen den Ausbau der Vorschuleinrichtungen in diesem Rahmen und die in der Umgestaltung enthaltenen Tendenzen zu Ganztagsbetreuung und Ganztagsunterricht (offene und gebundene Ganztagschule).

12. Alle Berufsvorbereitungs- und Berufseinstiegs Hilfen können nur so effektiv sein, wie dahinter auch Berufsmöglichkeiten stehen. Die beste Ausbildungsberatung wird leicht zum stumpfen Schwert, wenn kein Ausbildungsangebot dahinter steht.

#### **4. Für eine gerechte Sozial- und Familienpolitik**

Kommunale Daseinsvorsorge im Sozialbereich ist unverzichtbar. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürgern die Chance erhalten, ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entwickeln, um ein Selbstbestimmtes Leben zu führen. Dabei lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- ✓ die Aktivierung der Betroffenen im Sinne der Ermutigung zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung,
- ✓ die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und von Selbsthilfe, der Aufbau neuer sozialer Netzwerke,
- ✓ die Verbesserung der Zielgenauigkeit sozialer Leistungen entsprechend der Leistungsfähigkeit der Betroffenen,
- ✓ die Vermeidung von Mehrfachangeboten.

### **Senioren**

Sowohl die absolute Zahl der alten Menschen in Leverkusen als auch ihr relativer Anteil an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten ständig steigen. Die demografische Entwicklung stellt nicht nur kommunale Seniorenpolitik, sondern Kommunalpolitik in allen Feldern vor große Herausforderungen.

Die Gruppe der Senioren ist sehr uneinheitlich: Glücklicherweise sind sehr viele „aktive Senioren“ bis ins hohe Alter in der Lage, ein eigenbestimmtes und ausgefülltes Leben zu gestalten. Allerdings wird auch die Zahl der alten Menschen, die auf intensive Pflege und Betreuung angewiesen sind, erheblich steigen. Immer mehr alte Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung des Alltagslebens. Notwendig sind vor allem eine bedarfsgerechte Fortentwicklung des Pflegeangebotes sowie ein umfassendes Konzept „Wohnen im Alter“. Hierbei muss der Wunsch vieler älterer Menschen, in der angestammten Wohnung bleiben zu können, Vorrang haben.

Die heutigen Senioren wollen ihren Lebensabschnitt, der mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben einsetzt, aktiv gestalten. Das erfordert einen Umbau in den Systemen der Seniorenarbeit mit folgenden Zielsetzungen:

- ✓ Unterstützung der Seniorentreffs zur Vermeidung sozialer Vereinzelung,
- ✓ Vorrang für heimersetzende Dienste,
- ✓ betreuende Angehörige werden beraten und unterstützt.
- ✓ Förderung alternativer Wohnmodelle.

Eine wichtige Aufgabe ist für uns ebenso die gesundheitliche Vorsorge, Aufklärung und Beratung und die weitere Stärkung der Selbsthilfegruppen.

### **Familien**

Familie existiert heute nicht mehr als ein einziges einheitliches Modell: Familie ist heute überall da, wo Kinder sind. Dem muss auch kommunale Familienpolitik Rechnung tragen. Ein zentrales Anliegen ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Deshalb müssen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei und über sechs Jahren in Leverkusen weiter ausgebaut werden.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ verfolgen das Ziel einer familienfreundlichen Stadt

- ✓ Städtische Planungen müssen auf ihre Kinderfreundlichkeit hin überprüft werden,

- ✓ In allen Stadtteilen müssen unbebaute Flächen als Spiel- und Lebensräume für Kinder und Jugendliche geschaffen oder erhalten werden
- ✓ Jegliche Veranstaltungen zum Wohl des Bürgers sollten unterstützt werden.
- ✓ Die Interessen von Behinderten und Senioren müssen mehr als bisher aufgegriffen und in den Planungen berücksichtigt.
- ✓ Wir setzen uns auch für Gemeinschaftszentren in allen Stadtteilen ein.
- ✓ Sicherstellung der Nahversorgung in allen Stadtteilen.
- ✓ Dazu gehört auch, dass wir gegen jegliche Form von Diskriminierung von Minderheiten eintreten.

Wir wollen

- ✓ dass Menschen mit Behinderungen ihr laut Grundgesetz zugesichertes Recht auf Mitsprache und Selbstvertretung erhalten,
- ✓ barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden und Neubauten,
- ✓ die Einrichtung eines städtischen Familienforums, in dem die Interessen der Leverkusener Familien gestärkt werden,
- ✓ Familienermäßigungen für öffentliche Einrichtungen sowie den öffentlichen Nahverkehrsmitteln (z.B. Sonntagstarife),
- ✓ das Niveau der derzeitigen Familien- und Sozialberatungen aufrecht erhalten und nach Möglichkeit ausbauen.

### **5. Für eine zeitgemäße, soziale Wohnungspolitik**

Wohnen ist für die „Freie Wähler OWG-UWG“ ein Menschenrecht. Wir müssen die Wohnungspolitik der Zukunft stärker als in der Vergangenheit mit der gesamten Stadtentwicklungspolitik verbinden. Neben der Neubauförderung werden Maßnahmen im Wohnungsbestand treten müssen, um die Lebensqualität im Wohnumfeld zu verbessern. Kosten und Energie sparendes Bauen ist gezielt zu fördern.

Auch künftig wird die Ausweisung von Bauland notwendig sein. Bei der Inanspruchnahme von Siedlungs- und Wohnfläche müssen Ressourcen geschont werden. Baulandpolitik muss Sorge dafür tragen, dass Planungswertsteigerungen der Allgemeinheit zugute kommen.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ will vor allem bezahlbaren Wohnraum und damit nicht zuletzt auch die Eigentumbildung fördern. Auch heute gibt es noch Probleme. Von Wohnungsnot betroffen sind in Leverkusen insbesondere allein erziehende Mütter, Arbeitslose und alte Menschen mit niedriger Rente. Wir wollen uns dafür einsetzen, in enger Kooperation mit Wohnungsbauunternehmen, der Stadt und den Trägern sozialer Dienste, dem individuellen Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden (z.B. Tauschbörse).

## 6. Für eine zukunftsorientierte Kinder- und Jugendpolitik

### ***Kinder***

Wir wollen eine Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern unter 3 und über 6 Jahren: Kindergärten müssen noch viel mehr Eigenverantwortlichkeit erhalten und damit auch optimaler auf Bedürfnisse der Kinder, Eltern und Erzieherinnen reagieren können. Öffnungszeiten und Angebote müssen den Wünschen der (oft allein erziehenden) Eltern/Mütter nach Flexibilität nachkommen.

Die Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren ist in Leverkusen deutlich ausbaufähig. Außerdem geht es um die Schaffung eines Dienstleistungszentrums rund um Familienberatung und Kinderbetreuung, das Eltern in diesen Fragen umfassend informiert und mit passgenauen und individuellen Leistungen berät. Die Stadt Leverkusen muss hier der Sorge nach einer Qualifizierung der einzelnen Akteure nachkommen.

Wir wollen

- ✓ langfristig kostenfreie Kindergartenplätze,
- ✓ dass die Auswirkungen der Umstellung der KiTa-Finanzierung auch hinsichtlich der Qualitätsstandards der Einrichtungen geprüft werden. Jedes Kind soll einen guten Kindergartenplatz haben.

### ***Jugend***

Wir wollen kommunale Jugendangebote, damit sich Jugendliche in das gesellschaftliche Leben einmischen und mitwirken können. Dabei muss kommunale Jugendpolitik darauf ausgerichtet sein, den heranwachsenden Jugendlichen durch Aktivierung von Eigeninitiative Orientierung zu geben. Wir wollen, dass die verschiedenen Angebote von Bildungsträgern, Schulen, Sportvereinen, Jugend- und Freizeitstätten auch im Stadtteil verstärkt miteinander verbunden werden. Den Jugendlichen in unserer Stadt müssen Perspektiven für ihr künftiges Berufsleben aufgezeigt werden.

Der Umbau der städtischen Jugendpolitik und die knappen finanziellen Ressourcen erfordern weiterhin Kooperationsbemühungen und eine Vernetzung der Akteure vor Ort. Alle freien Träger der Jugendhilfe haben einen berechtigten Anspruch auf ein gewisses Maß an Planungssicherheit. Wir setzen uns für eine verlässliche und berechenbare Planungssicherheit ein, damit alle städtischen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfelandchaft sowie die Einrichtungen der Verbände und freien Träger wissen, mit welchen Mitteln sie Angebote zur Erhaltung und Verbesserung des Kinder- und Jugendhilfebereichs koordinieren können.

Schule und Jugendhilfe arbeiten in Leverkusen in vielen Bereichen sehr gut zusammen. Eine Öffnung der beiden Felder zueinander und eine dichte Verzahnung wird der Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen gerecht. Wir wollen eine Vertiefung und Ausweitung der Koordinationsprojekte durch die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel, den Einsatz von Schulsozialarbeitern an

allen weiterführenden Schulen, und eine noch stärkere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe bei Hilfeplangesprächen.

Die Stadt Leverkusen zeichnet sich durch die Vielfalt ihrer Stadtteile aus. In jedem Viertel gibt es unterschiedliche Angebotsstrukturen und differenzierte Maßnahmen für die dort lebenden Kinder und Jugendlichen.

Dabei sind einzelne Stadtteile mit adäquaten Angeboten deutlich unterversorgt und daher benachteiligt. Bis zum Jahre 2014 sollte die Situation der Unterversorgung von städtischen Jugendhäusern endgültig der Vergangenheit angehören.

Der Aufbau des Kulturausbesserungswerks in Opladen als sozio-kulturelles Zentrum ist in der Vergangenheit durch die etablierte Politik nicht entschieden genug vorangetrieben worden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch konkrete stadtteilbezogene Projekte muss weiter gefördert werden.

Kinder und Jugendliche brauchen den notwendigen Rückhalt, Hilfestellung und Leitbilder. Je fordernder Lebens- und Berufsbedingungen werden, desto stärker werden die Grenzen in Familie, Umfeld und Schule deutlich. Aktive Kinder- und Jugendpolitik darf nicht erst da einsetzen, wo die Grenzen erreicht oder überschritten sind, sondern muss den Rückhalt in Familie und Gesellschaft fördern und unterstützen.

Die Erziehungsarbeit in den Kindergärten wie auch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der offenen Jugendarbeit richten sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen, Interessen aber auch Problemen von Kindern und Jugendlichen aus. Förderung und Aufbau stehen hier im Vordergrund. So kann von vornherein Fehlentwicklungen entgegengesteuert werden. Ergänzt wird diese Arbeit durch eine Reihe von Familienunterstützenden Maßnahmen. Der Einsatz von Streetworkern vervollständigt eine problem- und lebensweltorientierte Jugendhilfe.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ haben sich massiv dafür eingesetzt, Jugendliche an Planungen, die sie betreffen, zu beteiligen und setzt sich für die Einrichtung von demokratischen Mitsprachegremien ein. Denn die Planungen sind häufig Generationen von der Lebens- und Freizeitwirklichkeit der Jugendlichen entfernt. Außerdem soll die aktive Jugendarbeit in allen Stadtteilen gefördert werden.

## **7. Für eine stärkere Integration**

Leverkusen ist durch Zuwanderung aus Deutschland und dem Ausland geprägt. Viele Menschen sind in den vergangenen Jahrzehnten – meist aus beruflichen Gründen – nach Leverkusen gekommen. 20 Prozent der Menschen in Leverkusen haben einen Migrationshintergrund. Daraus erwächst uns in Leverkusen eine besondere Verpflichtung, uns gegen Fremdenhass, Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistische bzw. rechtspopulistische Bewegungen zu wenden. Das Fremde und auch der Fremde lösen nicht selten Unsicherheit, auch Ängste aus. Dagegen

hilft nicht Abschotten und Ausgrenzen, sondern nur gegenseitiges Kennen lernen und Miteinander.

Integration ist keine Einbahnstraße. Für uns „Freie Wähler OWG-UWG“ ist Integration ein wechselseitiger Prozess, der interkulturelle Kompetenz fördert und zur kulturellen Bereicherung aller Beteiligten führt. Vorrangige Aufgabe einer modernen Integrationspolitik ist die systematische Förderung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dazu gehört die Förderung von Begegnungsstätten und aller Initiativen, die Vorbehalte abbauen helfen und Räume für gemeinsame Aktivitäten schaffen.

Wir brauchen vor allem noch bessere Angebote zur Vermittlung der deutschen Sprache, auch und gerade an Mitglieder der „zweiten oder dritten Generation“. Denn gute Sprachkenntnisse sind die Voraussetzung, um Bildungs- und Entwicklungschancen zu vergrößern und besonders jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Unabdingbar ist dabei die Bereitschaft zur Integration und zu einem toleranten Miteinander.

### **8. Für eine bedarfsgerechte Sportpolitik**

Sport ist in unserer Stadt ein zentraler Bestandteil der kommunalen Gemeinschaft. Er ist unverzichtbar

- ✓ bei der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen,
- ✓ im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund,
- ✓ für die Gesundheitsförderung,
- ✓ zur Selbstorganisation und zum ehrenamtlichen Engagement,
- ✓ für den Seniorenbereich.

Der Sport ist die größte Bürgerbewegung in unserem Land. Deshalb muss bei aller Begeisterung für den Spitzensport gelten: Ausreichende Unterstützung für den Breiten- und Vereinssport ist nicht nur Verpflichtung, sondern ausdrücklich erwünscht. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, das Ehrenamt noch mehr als bisher zu fördern.

Aufgrund einer längeren Lebenserwartung, eines fortschrittlichen Verständnisses von gesundheitsbezogener Bewegung und durch die Zunahme des selbst gestalteten Sports durch nichtorganisierte Sportler werden der Sport und die Sportstättenentwicklung an Bedeutung gewinnen und die Kommune vor neue Herausforderungen gestellt.

Deshalb benötigen wir dringend eine Planung, die sich mit dem Sport- und dem Bewegungsverhalten der Bevölkerung auseinandersetzt und die tatsächlichen Bedürfnisse ermittelt. Parallel zu dieser Sportentwicklungsplanung benötigen wir für Leverkusen ebenso dringend eine umfassende Sportstättenentwicklungsplanung.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ misst der Arbeit des SportBund Leverkusen e.V. mit seinen 112 Vereinen mit insgesamt 42.000 Mitgliedern, davon 14.500 Jugendlichen, eine große sport- und sozialpolitische Bedeutung bei. Darum werden wir den SportBund und die Vereine weiter fördern.

Die etablierten Parteien tun zu wenig für den Breitensport. Sie missachten die Bedürfnisse und sogar auch den erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürger. Wir „Freie Wähler OWG-UWG“ setzen uns dafür ein, eine optimale Versorgung aller Stadtteile mit kommunalen Sportstätten zu gewährleisten.

### **9. Für eine Neuorientierung der Kulturpolitik**

Kultur in unserer schnelllebigen Medienwelt hat eine enorme Bedeutung auch für die städtische Gesellschaft. Wir gehen dabei von einem umfassenden Kulturbegriff aus. Selbstkritisch müssen wir uns fragen, ob die derzeitigen Strukturen der Leverkusener Kulturpolitik dem Anspruch einer „Kultur für alle“ gerecht werden. Erreichen wir wirklich die breite Bevölkerung mit den vielfältigen und anspruchsvollen städtischen Programmen? Oder geraten wir in die Gefahr, Kultur für wenige mit den Steuermitteln aller zu finanzieren?

Wir müssen mit Kulturschaffenden und Publikum offen darüber reden, wie wir die Kultur allen Bürgerinnen und Bürgern – unabhängig von Geldbeutel und Schulbildung - nahe bringen.

Leverkusen verfügt über ein breites, differenziertes und den unterschiedlichen Interessen angemessenes Kulturangebot im Bereich der bildenden Kunst, des Theaters und der Musik. Hierzu tragen besonders die beiden Programme der Stadt und der Bayer-Kulturabteilung bei. Um die kommunale Kulturpolitik in den kommenden Jahren weiter zu entwickeln und auszubauen sind jedoch weitere einschneidende Reformschritte notwendig. Hierzu gehören:

- ✓ die weitere Modernisierung der Kultur und Veranstaltungsverwaltung,
- ✓ die weitere Verschränkung der Kulturprogramme von Stadt und Bayer-Kulturabteilung,
- ✓ eine Standortbestimmung im regionalen Zusammenhang,
- ✓ eine längerfristige finanzielle Absicherung von bedeutenden kulturellen Ereignissen mit überörtlicher Bedeutung und
- ✓ der Ausbau und die Bündelung der kulturpädagogischen Aktivitäten, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

### **10. Verkehrspolitik**

Unser Leitspruch in Bezug auf das Straßennetz in Leverkusen für zukünftiges Handeln ist: Das vorhandene Netz muss bestmöglich gestaltet und entwickelt werden. Wo darüber hinaus neue Straßen unabdingbar sind, z.B. zur Beseitigung von Engpässen, wollen wir uns solchen Erfordernissen aber nicht verschließen.

Das bedeutet zweierlei: Wir werden die Verkehrsleistung der Hauptstraßen verbessern und die Wohnstraßen weiterhin beruhigen. Die Sicherheit auf unseren Straßen wollen wir weiterhin fördern.

Die Anlage von Querungshilfen, die Beseitigung von Engpässen, die Optimierung von selbstlernenden verkehrsregelnden Ampeleinrichtungen. Dadurch wird die Reduzierung von Feinstaub und CO<sub>2</sub> Verunreinigungen erzielt. Daneben gilt: Gleiche Chancen für alle Verkehrsteilnehmer.

Weitere Verbesserungen unserer Straßeninfrastruktur, z.B. durch Kreisverkehre, die den Verkehrsfluss optimieren, die Lärmbelastigung mindern und die Unfallgefahr herabsetzen, sind anzustreben.

Das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wollen wir über Beschleunigungsmaßnahmen hinaus weiter verbessern. Dabei werden wir beachten, dass die Bedürfnisse der Fahrgäste stärker als bisher berücksichtigt werden (Wettergeschützte, saubere und beleuchtete Haltestellen mit übersichtlichen Fahrplänen, Sicherheit vor Vandalismus und Pünktlichkeit der Busse). Aber auch neue Konzepte sind gefragt: Anrufsammeltaxen, Nachtlinien, verbesserte Anschlüsse.

Wir wollen

- ✓ Sinnvolle Optimierung der Verkehrsführungen,
- ✓ Selbstlernende Ampelanlagen, die unnötige Rotphasen vermeiden und flüssigen Verkehr im Rahmen der Geschwindigkeitsbegrenzungen ermöglicht,
- ✓ logische, knapp bemessene Aufstellung von Verkehrsschildern,
- ✓ Verminderung der unnützen und teuren Straßenbemalungen,
- ✓ Einführung von Kleinbuslinien, wobei die Kleinbusse überall anhalten dürfen,
- ✓ Berücksichtigung von verkehrsbedingten Anliegerinteressen in Wohngebieten,
- ✓ die Entscheidung, ob eine Straße ausgebaut oder saniert wird, darf nicht ausschließlich von wirtschaftlichen oder technischen Bedingungen abhängig gemacht werden; den Anliegerinteressen muss Rechnung getragen werden,
- ✓ Optimierung und Ergänzungen der Straßenbeleuchtung durch stromsparende Beleuchtungsmittel, die ökologisch vorteilhafter sind (z.B. störende Lichtemissionen, Zugvögelbeeinflussung, etc.).

Im Bereich Verkehr setzen wir uns für eine fußgänger- und radfahrerfreundliche Stadt bei gleichzeitiger optimaler Erreichbarkeit der Zentren durch öffentliche Verkehrsmittel ein

- ✓ In allen Wohngebieten müssen geeignete Maßnahmen zur Verkehrsoptimierung ergriffen werden
- ✓ Die „Freie Wähler OWG-UWG“ fordert ein stadtweites Parkraumbewirtschaftungskonzept und die Einführung des kostenlosen Parkens für eine Stunde. Das fördert den Einzelhandel und führt zur bürgerfreundlichen Stadt. Zusätzlich erhöht eine Verbesserung der Situation des Einzelhandels zu

höheren Steuereinnahmen und damit zur Verbesserung der städtischen Finanzen.

### **11. Bauen und Wohnen**

Wir brauchen einen Neuanfang in der Leverkusener Umweltpolitik. Nicht nur bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen muss die Ökologie wieder ein zentrales Anliegen werden. Ein runder Tisch zur Umweltpolitik kann ein erster Schritt zu diesem Neubeginn sein. Beispielhaft könnte das Schulbiologische Zentrum Gut Ophoven für erfolgreiches Stadtmarketing stehen. Auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung sollte auf Unternehmen der Umwelttechnologie ein besonderer Schwerpunkt gesetzt werden.

Flächennutzungs- und Bebauungspläne müssen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Stadtentwicklung bestimmen. Der Flächenverbrauch für Wohnen und Gewerbe muss im Rahmen dessen bleiben, was die Stadtteile sozial, ökologisch und infrastrukturell verkraften. Baulückennutzung muss dabei immer Vorrang vor Neuausweisungen haben.

Der Wunsch der Bevölkerung wieder zurück in die Innenstadt zu wollen, ist zu unterstützen. Dafür ist es erforderlich, die Innenstädte einwohnerfreundlich zu gestalten. Baulücken müssen geschlossen werden und wo möglich, Immobilien mit einer weiteren Etage ausgebaut zu werden. Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleister gehören nicht auf die grüne Wiese, sondern in die Innenstädte.

Besonders wollen wir dem Wunsch der älteren Bevölkerung entgegen kommen, die von ihren Einfamilienhäusern in den Außenbereichen in Penthauswohnungen oder auch Terrassenhäusern in die Innenstädte ziehen wollen.

Die Abschätzung des Gewerbeflächenbedarfs sowie eine Wohnbauflächenkonzeption müssen im Einklang mit Natur und Landschaft stehen. So kann auch verhindert werden, dass gut verdienende Bevölkerungsteile in die Umlandgemeinden abwandern. Dazu ist es erforderlich ein professionelles Stadtmarketing zu haben. Auch setzen wir uns dafür ein, eine stadtteilübergreifende Stadtplanung zu erstellen, anstatt immer nur kleine Einzelentscheidungen durchzuführen.

Auf die klimatischen und topographischen Verhältnisse sowie auf Lärminderung durch intelligente Lösungen wie Entsiegeln von Flächen, so genannter Flüsterasphalt auf Straßen, Kreisverkehre anstelle von Lichtsignalanlagen, kurze Wege zu den Dienstleistungsangeboten ist zu achten.

### **12. Freizeit und Erholung**

Leverkusen ist eine Industriestadt. In einer solchen gehören Arbeit, Wohnen und Freizeit zusammen. Ein wesentlicher Standortvorteil Leverkusens sind die zahlreichen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, die Stadt und Region bieten.

Wir wollen, dass Leverkusen für Touristen bekannter und attraktiver wird; dazu gehören koordinierte Maßnahmen zur Förderung des Tourismus.

### **13. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger - mehr Demokratie wagen**

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Bürgerinnen und Bürger wollen heute vor grundlegenden Beschlüssen der Politik nicht nur informiert werden; sie wollen vor der Entscheidung ihre Meinungen und Interessen auch einbringen können. Wer das - wie die etablierten Parteien im Leverkusener Stadtrat - missachtet, darf sich nicht über Politikverdrossenheit wundern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Bürgerschaft vor wichtigen Entscheidungen des Rates informiert und konsultiert wird. Wir müssen Politik erfahrbar und die Bürgerinnen und Bürger zu Fachleuten in eigener Sache machen.

Lokale Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen den Stil der Politik verändern - zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Wir wollen mehr Transparenz, frühestmögliche Information der Öffentlichkeit und eine effektive Bürgerbeteiligung. Wir wollen eine nachhaltige Kommunalpolitik, die wirtschaftliche, umweltpolitische und gesellschaftliche Aspekte in den Mittelpunkt stellt.

Privatisierung ist kein Allheilmittel, wir wollen nicht, dass Gewinne Wenigen zu Gute kommen und Verluste dann von Allen getragen werden müssen.

Wir wollen

- ✓ direkte Beteiligung bei Sanierungsvorhaben,
- ✓ Einflussnahme der Bürger auf die politische Entscheidungsfindung durch wirksamere Beteiligungsverfahren,
- ✓ Bürgerbeteiligung bei Stadtentwicklungsprojekten zum frühestmöglichen Zeitpunkt und bei der Aufstellung des Haushaltes ("Bürgerhaushalt"),
- ✓ dass der Bürgerwille erfragt und bei der Bauleitplanung berücksichtigt wird,
- ✓ die Nutzung von Bürgerbefragungen als unterstützendes Element für die politische Entscheidungsfindung,
- ✓ die Auswertung von Bürgerbeteiligungsprojekten und die zeitnahe Veröffentlichung der Ergebnisse.

Hauptanliegen der „Freie Wähler OWG-UWG“ ist es, Verwaltungsvorgänge transparent zu machen und die Bevölkerung in alle Vorgänge, die ihr Umfeld betreffen, mit einzubeziehen. Wir setzen uns deshalb für eine gläserne Verwaltung ein.

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung der Stadt (Ideenfindung, Planung und Realisierung) teilhaben lassen. Viele Fähigkeiten und Ideen bleiben heute in Leverkusen ungenutzt. Im kommunalen/regionalen Bereich empfinden wir die Form der repräsentativen Demokratie, in der Bürgerwille durch

gewählte Ratsmitglieder vertreten wird, als unzureichend. Viele Fähigkeiten und Ideen bleiben ungenutzt.

Die Ratsmitglieder sollten nicht nur Vertreter der Bürgerschaft sein, sondern sie sollten Organisatoren von sozialen Prozessen sein. Dem entsprechend können gerade im kommunalen Bereich die repräsentativen Strukturen gut durch Formen direkter Demokratie ergänzt werden, was die Bürgerinnen und Bürger mündig und die Politikerinnen und Politiker kompetenter macht. Basisdemokratische Prozesse sind dringend erforderlich und fördern die Menschlichkeit in der Politik.

Wir wollen

- ✓ die Aufwertung der Bürgerforen (z.B. Ehrenamt, Mitbestimmung)
- ✓ die Aufwertung der Einwohnerversammlungen durch die Beachtung der ihr ursprünglich zugesicherten Rechte
- ✓ dass die Verwaltung auf Einwohnerversammlungen regelmäßig Bericht erstattet
- ✓ dass Einwohnerfragestunden durch Zulassen von spontanen, unangemeldeten Fragen bei jeder öffentlichen Ratssitzung aufgewertet werden.
- ✓ Bürgerbeteiligung bei Stadtentwicklungsprojekten zum frühestmöglichen Zeitpunkt
- ✓ dass der Bürgerwille erfragt und bei der Bauleitplanung berücksichtigt wird
- ✓ die Nutzung von Bürgerbefragungen als unterstützendes Element für die politische Entscheidungsfindung
- ✓ die Auswertung von Bürgerbeteiligungsprojekten und die zeitnahe Veröffentlichung der Ergebnisse
- ✓ die Bereitstellung kostenloser Angebote der politischen Erwachsenenbildung, insbesondere für den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung (z.B. durch die VHS) kommunales Informationsblatt mit Entscheidungs- und Statusberichten

Das Ziel werden wir nur dann erreichen, wenn alle Beteiligten, Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik eng zusammenarbeiten:

- ✓ Frühzeitig und umfassend informieren
- ✓ Nachhaltig motivieren
- ✓ Eindeutige Entscheidungen treffen
- ✓ Entscheidungen transparent machen
- ✓ Kritik als ständige Chance für Verbesserungen nutzen
- ✓ Moderne Technologien konsequent anwenden
- ✓ Effizienz der Verwaltung erhöhen

Grundlage einer bürgernahen Verwaltung ist die permanente Kommunikation mit den betroffenen Bürgerinnen, Gruppen und Initiativen. Bürgerbeteiligung ist keine Konkurrenz für die Verwaltung, sondern eine Chance zu einer besseren Verwaltung.

## **14. Sicherheit und Sauberkeit**

Die Menschen in Leverkusen wollen sicher leben. Sicherheit und Sauberkeit sind wesentliche Bestandteile unseres Ziel der Wohlfühlstadt Leverkusen. Sicherheit ist nicht nur ein weicher Standortfaktor, sondern eine wesentliche Grundlage für das gedeihliche und friedliche Leben und Arbeiten in unserer Stadt. Man unterscheidet zwischen objektiver (messbarer) und subjektiver (gefühlter) Sicherheit. Die objektive Sicherheit lässt sich anhand von Zahlen darstellen. Ein Indikator ist die Kriminalitätshäufigkeitszahl, d.h. die Zahl der polizeilich registrierten Delikte je 100.000 Einwohner. Diese Zahlen belegen, dass man in Leverkusen im Städtevergleich gut leben kann.

### **1. Städtebauliche Kriminalprävention**

Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention sollen berücksichtigt werden, die Polizei als Träger öffentlicher Belange in städtische Planungen mit einbezogen werden.

Insbesondere die Leitlinien der kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung sollen Beachtung finden. Die architektonische und städtebauliche Gestaltung von Siedlungen, Ihren Wohn- und Freiräumen soll Kriminalität vorbeugen. Das menschliche Verhalten in der physischen Umwelt soll positiv beeinflusst und kriminelle Handlungen erschwert werden. Von besonderer Bedeutung ist eine Planung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

Es soll die soziale Struktur, der Bevölkerungszusammenhalt, Nachbarschaftshilfe und das Interesse am Wohnumfeld positiv verändert werden. Die Menschen sollen ein soziales Zusammengehörigkeitsgefühl und damit eine verbesserte Sozialkontrolle entwickeln.

Eine gut funktionierende Wohnungsbelegungspolitik von Stadt und Wohnungsgesellschaften dient der nachhaltigen Vermeidung von Ghettoisierung.

### **2. Polizeiorganisation**

Die CDU-FDP-Landesregierung löste per Gesetz zum 31.12.2006 das Polizeipräsidium Leverkusen auf. Zur Verhinderung dieser Behördenauflösung wurden im Laufe des Jahres 2006 in Leverkusen mehr als 45.000 Unterschriften in der Bürgerschaft gesammelt – leider ohne Erfolg.

Seit dem Anfang 2007 ist das Polizeipräsidium Köln für die Sicherheit in Leverkusen zuständig. Zusätzlich zu den gegebenen gesetzlichen Aufgaben der Polizei wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Polizeipräsidium Köln und der Stadt Leverkusen geschlossen. Diese ist fort zu führen und ihre Erfüllung durch die Stadt zu prüfen und einzufordern.

Da die Neuorganisation des Polizeipräsidiums Leverkusen unter der derzeitigen Landesregierung nicht möglich ist, soll die Stadt Leverkusen im Interesse der Bürger möglichst kooperativ mit dem Polizeipräsidium Köln zusammenarbeiten. Dabei darf für die Zukunft nicht außer acht gelassen werden, dass es sinnvollere Möglichkeiten für die Zusammenlegung von Polizeibehörden gibt, z.B. Leverkusen

mit Bergisch Gladbach. Die Beendigung der Fusion Polizei Köln/Leverkusen ist anzustreben.

### **3. City-Streife**

Aufgrund der angespannten Personalsituation kann die Polizei nicht alle sicherheitsrelevanten Maßnahmen in Leverkusen allein tätigen.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ forderten bereits Anfang 2008, dass die City-Streife personell gestärkt und mit mehr Kompetenz ausgestattet wird und rund um die Uhr erreichbar sein soll. Mittlerweile wurde wegen der anstehenden Kommunalwahl von den etablierten Parteien eingeführt, dass ein privates Sicherheitsunternehmen schwerpunktbezogen für Sicherheit und Ordnung sorgen soll.

Es ist gut und richtig, dass die Stadt die Polizei mit Hilfe der City-Streife unterstützt. Fraglich ist, ob die aktuelle Lösung (privates Sicherheitsunternehmen) die beste Lösung ist, da die Mitarbeiter eines privaten Unternehmens keine hoheitlichen Befugnisse wie z.B. festangestellte Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben.

### **4. Jugendverkehrsschule**

Die Jugendverkehrsschule in Opladen ist zu erhalten und zu unterstützen. Der Wert der Arbeit, die die Verkehrssicherheitsberater der Polizei dort mit Kindern, Jugendlichen und Senioren leisten, kann nicht hoch genug geschätzt werden.

\*\*\*\*\*

## Wer wir sind?

Wir sind eine politische Gruppierung und nennen uns

### **„Freie Wähler OWG-UWG“.**

Die Ratsmitglieder der Opladener Wählergruppe e.V. und die Ratsmitglieder der Unabhängigen Wählergemeinschaft Leverkusen e.V. sind seit 10 Jahren im Rat der Stadt vertreten und haben in dieser Zeit eine bürgernahe und konstruktive Sachpolitik betrieben. Da es für die Bürgerinnen und Bürger nicht gut ist, wenn im Stadtrat mehrere Gruppierungen mit gleicher Ausrichtung getrennt voneinander agieren, haben sich die Ratsmitglieder der beiden Wählergruppen zur einer gemeinsamen Fraktion Opladener Wählergruppe Unabhängige Wählergemeinschaft Leverkusen (OWG-UWG) zusammen geschlossen.

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ sind heute für ganz Leverkusen aktiv, ohne natürlich die besonderen Interessen der einzelnen Stadtteile zu vergessen. Wir haben uns in Opladen unter anderem für die Bebauung der Düsseldorfer Straße, den Erhalt des Waldhauses Römer und für die neue Bahnstadt eingesetzt. Mit den Stimmen unserer Ratsfraktion haben wir den Schwimmstandort Opladen gerettet. Aktuell sind wir „Freie Wähler OWG-UWG“ mit fünf Ratsmitgliedern im Leverkusener Stadtparlament vertreten.

## ... und was wir wollen?

Die „Freie Wähler OWG-UWG“ in Leverkusen tritt für eine andere Politik in unserer Stadt ein: Wir stehen für eine aktive Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, eine vorbeugende Sozial- und Sportpolitik, eine Bildungspolitik auf internationalem Niveau und für Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt.

**Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal der „Freie Wähler OWG-UWG“ zu den etablierten Parteien und den anderen politischen Gruppierungen in Leverkusen ist aber die von den „Freie Wähler OWG-UWG“ geforderte Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Während die anderen davon reden, möchten wir gelebte Demokratie auch in der Kommune praktiziert wissen.**